



NEUMITGLIEDERAKTION

Präsent, wo's brennt! Willkommen in der Solidargemeinschaft

Am 1. 4. 2011 wurde das NPersVG 50 Jahre alt. Damit jährte sich auch zum 50. Mal die erfolgreiche Personalvertretung durch Vertreter der GdP in nahezu allen Personalräten. 2009 haben wir das 60. Jubiläum der GdP Niedersachsen gefeiert und auf eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit zurückgeblickt.

Die ist Anlass, unter dem Motto:

- **62 Jahre starke Gewerkschaftsarbeit!**
- **50 Jahre starke Personalvertretung!**

Unter einem guten Stern – GdP!

nochmals all diejenigen anzusprechen, die sich bislang nicht für eine Mitgliedschaft in der GdP entscheiden konnten.

Vom 1. 4. 2011 bis 30. 4. 2012 führen wir eine Neumitgliederaktion durch, in der wir unsere Leistungen, Standpunkte und Argumente präsentieren.

Die GdP steht zum Beispiel für:

- Wertschätzung der polizeilichen Arbeit als Gemeinschaftsprodukt von Tarif, Verwaltung und Vollzug
- Arbeitskampf für die Tarifbeschäftigten und erfolgreiche Tarifabschlüsse
- Übertragung der Ergebnisse der Tarifverhandlungen auf alle Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfänger

- Erhöhung der Zulage für DUZ auf 5,00 EUR
- Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage
- 1:1-Anrechnung aller Bereitschaftszeiten
- Faires Beurteilungs- und Beförderungswesen
- Keine Festschreibung der Dienstposten A 11 usw.
Profitiere von unseren Aktivitäten und unserer starken Gemeinschaft!
Wann, wenn nicht jetzt?
Nähere Informationen erhältst du bei deinen Ansprechpartnern vor Ort. **JH**

ERSTER MAI

1. MAI 2011

DGB

DAS IST DAS MINDESTE

FAIRE LÖHNE
GUTE ARBEIT
SOZIALE SICHERHEIT

www.gdP.de

Aufruf zum 1. Mai 2011 Seite 6!

**Gewerkschaft der Polizei
NIEDERSACHSEN**

**Präsent,
wo's brennt!**

2011 50 Jahre starke Personalvertretung
62 Jahre starke gewerkschaftliche Arbeit

Unter einem guten Stern: GdP!

www.gdp-niedersachsen.de



50 Jahre NPersVG – GdP würdigt Jubiläum mit Festveranstaltung

Kein Aprilscherz, sondern erfreuliche Realität: Am Freitagnachmittag des 1. April 2011 begibt die GdP Niedersachsen mit über 100 Gästen in den Räumlichkeiten der Polizeigeschichtlichen Sammlung in Hannover das fünfzigjährige Bestehen des Niedersächsischen Personalvertretungsgesetzes.

Redaktionsschluss:

Zuschriften bitte an die u. g. Anschrift der Redaktion – möglichst per E-Mail oder Datenträger – für die Ausgabe **6/2011 bis zum 30. April 2011** und für die Ausgabe **7/2011 bis zum 28. Mai 2011**.

Hinweise:

Das LandesJournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. *Die Redaktion*

Es trat am 1. April 1961 in Kraft und hinterlegte damit die Interessenvertretung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erstmals rechtlich.

Dabei kann die GdP in den 62 Jahren seit ihrer Gründung gleichzeitig auf 50 Jahre zurückblicken, in denen sie immer die mit Abstand bedeutendste Rolle in den Personalräten eingenommen hat-



Dietmar Schilff dankt Bernd Osterloh (links) für dessen Gastreferat.



Das Auditorium. Vorne links: Landespolizeidirektor Uwe Lührig neben Helmut Bläsche.

trienrates der Volkswagen AG, **Bernd Osterloh**, die Notwendigkeit, die Interessen der Beschäftigten ernst zu nehmen und ihre gewählten Vertreter intensiv in die organisatorischen Abläufe einzubeziehen.

te. Denn seit Beginn an stellt die GdP die Mehrheit im Polizeihauptpersonalrat, in den Bezirkspersonalräten und in fast allen örtlichen Personalvertretungen.

Unter dem Motto:

- **50 Jahre starke Personalvertretung**
- **62 Jahre starke Gewerkschaftsarbeit**
- **unter einem guten Stern: GdP!**

appellierten die Redner **Dietmar Schilff, Horst-Udo Ahlers und Martin Hellweg** sowohl an die Polizeiführung als auch an die Politik, den Beschäftigten der Polizei ihren Respekt entgegenzubringen, in dem Mitbestimmung und konstruktiver Dialog ernstgenommen und gelebt werden.

Als Gastreferent bestätigte der Vorsitzende des Gesamt- und Konzernbe-



Erfahrungsbericht über die vergangenen drei Jahre der PHPR-Arbeit: Der amtierende Vorsitzende des PHPR, Martin Hellweg.

Fotos: U. Robra

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Niedersachsen

Geschäftsstelle:

Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0,
Fax 5 30 37-50
Internet: www.gdpniedersachsen.de
E-Mail: gdp-niedersachsen@gdp-online.de

Redaktion:

Uwe Robra (V.i.S.d.P., verantwortlicher Redakteur des Landesjournals)
Im Eschbruch 8f, 30952 Ronnenberg
Telefon (0 51 08) 64 38 94
Mobil (0 15 25) 6 10 87 51
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
gdp-niedersachsen@gdp-online.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83,
Fax 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6454



PERSONALVERTRETUNGSRECHT

Dietmar Schilff, Vorsitzender GdP Niedersachsen: „Wir freuen uns, dass neben den Personalvertretern/-innen auch so viele Führungskräfte und Vertreter der Politik aus ganz Niedersachsen

unserer Einladung gefolgt sind und hoffen, dass die Botschaft unserer Veranstaltung mit in die jeweiligen Bereiche genommen und dort umgesetzt wird.“

Den vollständigen Bericht in voller Länge und mit einer Fotogalerie haben wir auf unserer Website www.gdp.de/Niedersachsen veröffentlicht.

Red.

FACHAUSSCHUSS KRIPO

360 Grad auf dem Kronsberg

Die neuesten Entwicklungen der Kriminaltechnik wurden auf der Fachtagung Ermittlungsunterstützung/Kriminaltechnik des Fachausschusses Kriminalpolizei (FAK) vorgestellt.

Der Landesvorsitzende der GdP, **Dietmar Schilff**, begrüßte auf dem Kronsberg in Hannover die Anwesenden und Referenten zur alljährlichen Fachtagung. Dabei bedankte er sich ausdrücklich bei dem

desto besser. **Volker Brandt** vom Thüringer Innenministerium stellte als Mitglied des Kompetenzteams für Personenspürhunde auf Bundesebene interessante Fallbeispiele aus der Praxis vor. Insgesamt überwiegen dabei die Einsätze im Zusammenhang mit der Suche nach Vermissten. Als Beispiel zeigte Herr Brandt zudem eine Einbruchsserie auf, bei der der Täter als Tatwerkzeug Steine zum Einwerfen von Schaufensterscheiben benutzte. Der Personenspürhund konnte die Spur des Täters bis in seine Wohnung verfolgen, wobei die Distanz zum Tatort etwa 800 m betrug. Grenzen findet der Einsatz der Hunde, wenn die zu suchende Person ein Transportmittel (Bahn, Bus, Auto) nutzen würde. Die Erfolgsquoten der Thüringer Personenspürhunde liegen im direkten Einsatz bei 30 bis 40%.

che DNA auf die Wertgegenstände aufgebracht. Diese DNA enthält einen unter UV-Licht fluoreszierenden Farbstoff, so dass sehr schnell eine oberflächliche Prüfung von Gegenständen erfolgen kann. Zusätzlich lassen sich sogenannte „Microdots“ (kleine mit einer PIN gekennzeichnete Partikel) in die Farbe einbringen, die sich mit einem handelsüblichen Mikroskop auslesen lassen. Diese Pins sowie die DNA werden zentral bei einer Firma hinterlegt, wobei die Polizei nur



Referat über künstliche DNA Foto: HH

Präsidenten des LPPBK, **Andreas Bruns**, und dem Landespolizeidirektor **Uwe Lührig**, dass sie den anwesenden Kollegen für die Tagung Dienstzeit anerkannt hatten. Der Vorsitzende des FAK, **Andreas Nünemann**, gab anfänglich einen kurzen Überblick über die Themen und die Referenten.

„Mantrailer“

Als Eingangsreferat stellte **Nadine Leidfeld** von der ZPD den Sachstand über die Ausbildung und die Möglichkeiten des Einsatzes von Personenspürhunden, den sogenannten „Mantrailerhunden“, vor. In Niedersachsen werden derzeit in einem Projekt der ZPD drei Hunde ausgebildet. Für die Suche eignen sich als Vergleichsgeruchsspur vor allem Kleidungsstücke. Dabei gilt der Grundsatz: je „reiner“, d. h. individueller der Geruch,



Referat über die Spheronkamera Foto: HH

Künstliche DNA

Ein bisher in Deutschland einmaliges Projekt stellte **Claudia Hallensleben** von der Polizei Bremen vor, wo auf Initiative der Innenministerkonferenz ein Pilotprojekt in Sachen künstlicher DNA implementiert wurde. Mit der künstlichen DNA lassen sich Wertgegenstände individuell markieren. Mit Hilfe einer Farbe oder eines Sprays wird dabei die künstli-



Das Auditorium Foto: Ulli Munschke

über die Eingabe der DNA-Nummer Zugriff auf diese Daten hat. Die Datenpflege obliegt dabei selbst dem Erwerber der künstlichen DNA, d. h., er sollte Veränderungen seiner Anschrift, Telefonnummer oder den Eigentumswechsel eigenständig melden.

Ziel des Einsatzes der künstlichen DNA ist die Prävention. Der potenzielle Täter soll durch die Möglichkeit der schnellen Nachverfolgung und Nachweisbarkeit der Eigentumsverhältnisse von seiner Tat abgehalten werden. In Bremen wird derzeit versucht, den Bekanntheitsgrad der Methode zu erhöhen, um Verunsicherung in der kriminellen Szene zu erzeugen sowie den Bürgern die Möglichkeiten zum Schutze ihres Eigentums aufzuzeigen. Zusätzlich wurden in Bremen alle Einsatzkräfte mit einer spe-

Fortsetzung auf Seite 4



FACHAUSSCHUSS KRIPPO

Fortsetzung von Seite 3

ziellen UV-Taschenlampe ausgestattet und beschult.

Richtlinie DNA-Sicherung

Dr. Meinhard Hahn stellte als Leiter des Dezernats 51 Biologie und der Fachgruppe DNA Analytik im LKA Niedersachsen die neue Richtlinie zur DNA-Sicherung vor. Hintergrund der Entwicklung der Richtlinie sind die Vorkommnisse um das sogenannte „Phantom“ von Heilbronn, das neben dem Polizistinnenmord 40 verschiedene Taten im gesamten Bundesgebiet begangen haben sollte. Es stellte sich jedoch heraus, dass diese Vielfach-DNA-Treffer auf einer Verunreinigung der DNA-Sicherungsstäbchen beruhten. In diesem Zusammenhang wurde die bundesweite Projektgruppe Standard

gegründet, die sich intensiv mit der Qualitätssicherung des DNA-Nachweisverfahrens befasste. Neben dieser Problematik stellte Herr Dr. Hahn seinen Arbeitsbereich und das Aufkommen der Eingänge dar. Diese Eingänge liegen konstant bei etwa 12 000 im Jahr. Vorgabe ist, dass alle Untersuchungsanträge zur DNA-Untersuchung angenommen werden. Diese werden dann nach einer bestimmten Priorisierung abgearbeitet, wobei alle Kapitaldelikte mit höchster Priorisierung bearbeitet werden. Abschließend plädierte Herr Dr. Hahn für den Grundsatz: „Qualität vor Quantität“ bei der Tatortaufnahme.

Spheron-Kamera

Oliver Knapp vom KDD in Hannover stellte die Spheron-Kamera vor. Sie wurde Anfang 2009 für ein Pilotprojekt in der

PD Hannover beschafft und kann Aufnahmen mit einer Rundumsicht von 360 Grad von Tatorten erstellen. Im Gerichtssaal können dann anhand von zwei Aufnahmen Entfernungsmessungen durchgeführt werden. Dadurch lässt sich im Gerichtsverfahren ein hohes Maß an Objektivität des Tatortes herstellen. Bisher wurde die Kamera in der PD Hannover etwa 100 mal eingesetzt. Grundsätzlich geschieht dies bei Tötungsdelikten zur Tatortaufnahme. Sehr anschaulich stellte Herr Knapp anhand eines Beispielfalls die Möglichkeiten der Kamera dar.

Zum Abschluss dankte Andreas Nüemann allen Referenten und der Geschäftsstelle für die gelungene Tagung, die einen aktuellen Einblick in die Ermittlungstätigkeit und in die Zukunft wies.

Hinrich Heidemann

SICHERE KOMMUNEN

Kommunalwahl September 2011



Dietmar Schilff, GdP-Landesvorsitzender

Foto: GdP-Archiv

Neben der Verbesserung der Bedingungen der Beschäftigten in der Polizei ist es von jeher ein grundlegendes Anliegen der Gewerkschaft der Polizei, sich auch in gesellschaftliche Diskussionen einzubringen. Dazu gehört selbstverständlich auch die Sicherheit in unseren Kommunen. Dort, wo Politik und Verwaltung sich neben den anderen wichtigen Themen wie Arbeit, Soziales, Wirtschaft, Bildung, Integration, Energieversorgung auch um die Sicherheit und das Sicherheitsempfinden der Menschen Gedanken machen, lässt es sich besser wohnen, ist es lebenswerter.

Die GdP fordert daher alle politischen Parteien auf, in ihren kommunalpolitischen Programmen zur Kommunalwahl 2011 das Thema „Sicherheit in den Kommunen“ als einen wichtigen Baustein mit einfließen zu lassen.

Sichere Städte und Gemeinden = lebenswerte Kommunen!

Das Thema Sicherheit in Städten und Gemeinden ist eine Querschnittsaufgabe und muss in der Betrachtung für eine lebenswerte Kommune mit einbezogen werden.

Die objektive Sicherheit, also die nackten Zahlen der Polizeilichen Kriminalsta-

tistik und das Straftatenaufkommen sind das eine, das andere ist die subjektive Sicherheit, also wie sicher empfinden die Menschen ihr unmittelbares Umfeld. Dabei kann die Polizei nicht alleine die Verantwortung tragen, auch wenn eine Verstärkung und Verjüngung der Polizei dringend erforderlich ist. Notwendig ist, ein Netzwerk von Verbänden, Vereinen, Polizei und Verwaltung zu installieren.

Städtebauliche Maßnahmen müssen getroffen werden, damit die Bürgerinnen und Bürger nicht nur nach den nackten Zahlen relativ sicher sind, sondern sich in Niedersachsen auch sicher fühlen können. Dazu gehören helle Städte und Gemeinden genauso wie die Möglichkeit, möglichst lange mit einem sicheren ÖPNV in die Stadtteile und Dörfer zu gelangen. Sogenannte Angsträume müssen minimiert werden, auch in Parkhäusern, Durchgängen und Unterführungen.

Ebenso ist die Sauberkeit einer Kommune ein wichtiger Indikator für das Sicherheitsempfinden der Menschen.

Diese nicht abschließenden Anregungen sind nicht neu, müssen aber gerade in der Kommunalpolitik fester Bestandteil sein und im dauernden Diskurs mit den Bürgerinnen und Bürgern weiterentwickelt werden.

Dietmar Schilff

TAUSCHPARTNER

PK'in aus Niedersachsen möchte zurück in die Heimat und sucht TauschpartnerIn aus **Nordthüringen**; auch Ringtausch möglich. Bei Interesse Tel.: 01 76/23 35 19 27.



**AUS DEN KREIS- UND
BEZIRKSGRUPPEN**

Termin-Check/Einladungen

Einladung: Die **KG Hameln-Pyrmont** lädt herzlich zur **Jahreshauptversammlung** in die IPA-Tagungsstätte Hameln, Zentralstraße 9, am Mittwoch, **4. Mai 2011**, 16.00 Uhr, ein.

Tagesordnung:

1. Begrüßung. Ehrung der Verstorbenen
2. Tätigkeitsbericht (Aktuelle halbe Stunde Polizei im Land und im Landkreis)
3. Kassenbericht, Bericht der Kassenprüfer
4. Aussprache, anschließend Entlastung des Vorstandes
5. Aktuelle halbe Stunde Politik: Grußwort (ca. zehn Minuten) des Landrates Rüdiger Butte, Grußwort (ca. zehn Minuten) des CDU-Landratskandidaten Dr. Werner Fragen der Zuhörer
6. Grußwort des LPI PD Ulrich Knappe
7. Grußwort des GdP-Bezirksgruppenvorsitzenden Harald Calsow
8. Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft
9. Ausblick 2011/2012
10. Verschiedenes

Im Anschluss eröffnen wir mit einem gemütlichen Abendbüfett den formlosen Meinungsaustausch bei Tisch. Nichtmitglieder, die die Arbeit der GdP kennenlernen möchten, sind zur JHV herzlich eingeladen!

Der Vorstand

**KG Bepo Hannover –
Senioren waren zum Bowlen!**

Die Seniorinnen und Senioren der KG Bepo Hannover hatten zu einem Bowlingnachmittag in das Brederohaus eingeladen. Gute Stimmung hatte jeder mitgebracht, die Gelenke waren auch geölt, und so war es ein schöner Nachmittag im Kreise der Senioren.

Für das **nächste Treffen** wurde der **17. Mai 2011**, 14.00 Uhr, vereinbart. Höhepunkt dieses Treffens ist ein gemeinsames Spargelessen im Gartenheim am Lister Bad. Alle Senioren und Seniorinnen der Kreisgruppe sind herzlich eingeladen.

Rudi Refinger

WIRTSCHAFT & SOZIALES

**„Reichtumsuhr“ läuft
schneller als „Schuldenuhr“**

Die Einkommens- und Vermögensverteilung wird in Deutschland immer ungleicher. Der DGB-Landesverband Hessen-Thüringen und der Landesbezirk ver.di Hessen haben analog zur sogenannten „Schuldenuhr“ die „Reichtumsuhr“ im Bankenviertel in Frankfurt am Main aufgestellt.

Ende März wurde die „Reichtumsuhr“ auf dem Gewerkschaftshaus präsentiert. Sie ist explizit ein politischer Gegenentwurf zur „Schuldenuhr“ des Bundes der Steuerzahler in Berlin. Anhand der Reichtumsuhr kann man anschaulich sehen, wie das Netto-privatvermögen in Deutschland steigt, wie viel das reichste Zehntel der Bevölkerung besitzt und demgegenüber die Schulden des ärmsten Zehntels wachsen. Zudem wächst in Deutschland der Niedriglohnsektor, die Reallöhne fallen und die Armutsgefährdung steigt, während hohe Einkommen und Vermögen wachsen. Der Anteil der vermögensbezogenen Steuern (Erbchaftssteuer,

Vermögenssteuer usw.) am Bruttoinlandsprodukt liegt mit unter ein Prozent nur etwa halb so hoch wie im Durchschnitt der OECD-Länder. Die Gewerkschaften plädieren für eine angemessene Besteuerung hoher Vermögen, denn die öffentliche Hand verschenkt erhebliche Einnahmen – Geld, das zum Abbau der Verschuldung und für wichtige Aufgaben fehlt, z. B. im Bereich Erziehung, Bildung und innere Sicherheit. Die Konsequenz daraus muss eine angemessene Besteuerung von hohen Einkommen und Vermögen sein, die sich zumindest am OECD-Durchschnitt orientiert.

Berechnung

Die Reichtumsuhr basiert auf der Verteilung des individuellen Netto-Vermögens (Vermögen von Personen ab 17 Jahren) in Deutschland in den Jahren 2002 und 2007. Die Höhe des Gesamtvermögens in Deutschland und seine Verteilung ist von

Fortsetzung auf Seite 6

Anzeige



Reisen und Sparen



mit der GdP-Touristik


5 %


Alle GdP-Mitglieder und ihre Angehörigen erhalten bei Buchung im Reisebüro der GdP-Touristik **5 %** Reisekostenzuschuss!
Wir haben alle gängigen Veranstalter!

Eine kleine Auswahl unserer Reisepartner...






...und viele mehr!!

**Buchen Sie oder Ihre Angehörigen
Ihren Sommerurlaub in unserem Reisebüro!**

GdP-Mitgliederservice GmbH Nds.
GdP-Touristik
Berckhusenstr. 133 a, 30625 Hannover
Tel. 0511/530380 Fax 0511/5303850
E-Mail : service@gdp-service.de Internet: www.gdp-service.de



Fortsetzung von Seite 5

Wissenschaftlern des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung ermittelt worden. Im Jahr 2007 verfügten alle Personen in Deutschland, die 17 Jahre und älter waren, über ein Nettovermögen in Höhe von 6,6 Billionen Euro (Bruttovermögen: 8 Billionen Euro, Verbindlichkeiten: 1,4 Billionen Euro).

Die „Reichtumsuhr“ des DGB Hessen schreibt das private Nettovermögen fort. Dabei wird davon ausgegangen, dass der Zuwachs ähnlich verläuft, wie zwischen den Jahren 2002 und 2007. Die Verteilung des Jahres 2007 wird als gleichbleibend unterstellt, was als optimistisch zu bewerten ist: Allein schon aufgrund der im Trend weiter gestiegenen Ungleichverteilung der Einkommen seit 2007 ist sogar mit einer steigenden Polarisierung der Vermögensverteilung zu rechnen.

Idee

Die Idee der Reichtumsuhr stammt von Heiner Flassbeck, einem Wirtschaftswissenschaftler und ehemaligen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. Im Jahre 2007



Screenshot der Reichtumsuhr

schlug Flassbeck in der Frankfurter Rundschau vor, der Schuldenuhr eine Reichtumsuhr gegenüberzustellen: „... die staunenden Fernsehzuschauer oder die staunenden

Touristen vor dem Büro des Steuerzahlerbundes in Berlin aber sehen, dass die Vermögensuhr viel schneller läuft als die Schuldenuhr und würden sich vielleicht fragen, wieso das bei ihnen persönlich eigentlich nicht der Fall ist. Dann würden die Leute vielleicht auch fragen, was denn mit den Vermögen geschieht und warum die berühmten ‚Leistungsträger‘, die den Staat über Jahre gedrängt haben, Steuern für sie zu senken, damit sie mehr leisten können, nun dem Staat das Geld in Form von Staatsanleihen zurückgeben.“ Derzeit beträgt der Anstieg des Reichtums 5888 Euro pro Sekunde – das Wachstum der Schulden 2279 Euro pro Sekunde. **Hinrich Heidemann**

Die Originaluhr tickt beim DGB-Landesverband Hessen-Thüringen auf der „Plattform handlungsfähiges Hessen“: www.handlungsfahiges-hessen.de/index.php?id=42

Red.

MAIKUNDGEBUNGEN

1. Mai 2011: Das ist das Mindeste! Faire Löhne – Gute Arbeit – Soziale Sicherheit

Deutschland befindet sich wieder auf dem Wachstumspfad. Möglich gemacht haben das die Opfer der ArbeitnehmerInnen, die Initiativen der Betriebsräte und das Engagement der Gewerkschaften. Sie haben dafür gesorgt, dass die Auswirkungen der Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise begrenzt werden konnte.

Jetzt, nachdem die Talsohle der Krise durchschritten ist, geht man ganz kühl wieder zum neoliberalen „Business as Usual“ über. Dass sich das Kapital bedient und die Menschen verhöhnt werden, damit muss endlich Schluss sein. Die Politik gegen die Menschen – Ungerechtigkeit, falsche Lobbypolitik und Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft – muss ein Ende haben.

Das heißt:

- Anständige Löhne, von denen man leben und eine Familie ernähren kann.
- Sichere Arbeitsplätze, faire Bedingungen und respektvoller Umgang.
- Arbeit, die nicht krank macht.
- Arbeit, die mitbestimmt ist.
- Arbeit, aus der sich eine lebensstandard- und mindestens existenzsichernde Rente ableitet.

Deshalb demonstrieren wir am 1. Mai für faire Löhne, gute Arbeit und soziale Sicherheit – das ist das Mindeste!

Kundgebungen in vielen Städten Niedersachsens, z. B.:

Hannover: Veranstaltungen am Samstag, 30. April 2011, Kabarett 20.00 Uhr, Kundgebung Am Klagesmarkt am 1. Mai 2011, Ansprachen u. a. von Helga Schwitzer, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall, und Stephan Weil, Oberbürgermeister, 12.00 Uhr Fest für Demokratie, Klagesmarkt

Wolfsburg: Ansprache von Dietmar Hexel, DGB-Vorstandsmitglied

Salzgitter: Ansprache von Claus Matecki, DGB-Vorstandsmitglied

Braunschweig: 10.30 Uhr Kundgebung Burgplatz, Ansprache von Hans-Jürgen Urban, Vorstandsmitglied IG Metall

Lüneburg: 10.00 Uhr Demo ab Theatervorplatz, 10.30 Uhr Kundgebung Lambertiplatz

Ansprache von Ralf Rademacher IG BCE Landesbezirk Nord

Osnabrück: 10 Uhr ab Kollegienwall, 11 Uhr Kundgebung August-Bebel-Platz, Mairedner Hartmut Riemann, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Osnabrück

Red.



GEWALT GEGEN POLIZEIBEAMTE

KFN-Forscher zu Gast bei der GdP



Dass Gewalt gegen Polizeibeamte mit allgemein sinkender Hemmschwelle ein Phänomen mit zunehmender Tendenz ist, ist spätestens seit 2010 auch der Öffentlichkeit bekannt: Die Studie des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen e.V. (KFN) gab nach wissenschaftlicher Untersuchung im Forschungsprojekt „Gewalt gegen Polizei“ bereits erste deutliche Aufschlüsse über die Lage, die Gründe und die Betroffenheit der Opfer.

Die Innenministerkonferenz (IMK) hatte in der 190. Sitzung am 28. 5. 2010 den ersten Zwischenbericht und ein 7-Thesen-Papier¹ sowie in der 191. Sitzung am 19. 11. 2010 (TOP 22 und 23)² den zweiten Zwischenbericht „Ausgewählte Befunde zu den Tätern der Gewalt“ als Fortsetzung zur Kenntnis genommen. Hier waren bereits differenzierte Ergebnisse zur Längsschnittentwicklung der schweren Gewalt gegen Polizeibeamte enthalten, also solcher Fälle, bei denen die betroffenen Beamten anschließend mindestens sieben Tage dienstunfähig waren.

Der Direktor des KFN, **Prof. Dr. Christian Pfeiffer**, war am 6. 4. 2011, zu-

sammen mit den wissenschaftlichen Mitarbeitern Dipl.-Psych. **Karoline Ellrich** und **Dirk Baier** zu Gast bei der GdP. An dem sehr konstruktiven Gespräch nahmen seitens der GdP der Landesvorsitzende **Dietmar Schilff** und der DP-Landesredakteur **Uwe Robra** teil.



KFN-Forscher bei der GdP: v. l. Dirk Baier, Karoline Ellrich, Prof. Dr. Christian Pfeiffer und GdP-Landesvorsitzender Dietmar Schilff
Foto: U. Robra

Die Forscher informierten über den aktuellen Zwischenstand der Studie sowie über den geplanten Fortgang des von der GdP im qualitativen Teil finanziell mit unterstützten Forschungsprojektes „Gewalt gegen Polizei“.

Derzeit wird an dem dritten Zwischenbericht gearbeitet, der voraussichtlich Ende Mai fertiggestellt sein wird und der 192. IMK in der Sitzung am 22. 6. 2011 präsentiert werden soll.

Zusatzstudie Niedersachsen im Herbst 2011 geplant

Zusätzlich laufen derzeit detaillierte Vorarbeiten für eine ergänzende zweite Befragung von Beamten aus dem ESD des Landes Niedersachsen in Zusammenarbeit mit dem Nds. Innenministerium. Diese Befragung soll im Herbst starten und jeweils max. 30 Min. Ausfüllzeit in Anspruch nehmen. Prof. Pfeiffer: „Hintergrund ist die Erkenntnis, dass die ESD-Kollegen/-innen am häufigsten aggressiven Verhaltensweisen von bestimmten Bürgern ausgesetzt sind.“

Vor dem Start der Befragung solle für den strategischen Abstimmungsprozess ein Beirat installiert werden. Dietmar Schilff machte deutlich, dass es bei der Planung des Projektes dringend zu empfehlen sei, auch die Erfahrungen des Polizeihauptpersonalrates einzubeziehen.

Über weitere Aspekte der Befragung fügte sich ein fachlicher Austausch in dem etwa zweistündigen Gespräch an.

Red.

¹ http://kfn.de/home/Zwischenbericht_1.htm
<http://www.kfn.de/versions/kfn/assets/zwiggpolizei.pdf>

² **Zweiter Zwischenbericht**
http://www.bundesrat.de/cln_161/DE/gremienkonf/fachministerkonf/imk/Sitzungen/10-11-19/anlage23,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/anlage23.pdf

GdP IM DIALOG

GdP setzt Gespräche mit Politik und Polizeiführungsspitze fort



Gespräch zwischen Stefan Schostok (MdL, SPD) und GdP-Landesvorsitzendem Dietmar Schilff.

Foto: GdP

Die GdP macht weiter ernst mit ihrer Gesprächsbereitschaft: Nach Terminen mit Abgeordneten der Grünen im November 2010 und CDU-Abgeordneten im Dezember und Februar folg-

ten die anderen Fraktionen. In jeweils offenen und konstruktiven Dialogen wurden erneut polizeiliche und gewerkschaftliche Themen mit Landtagsfraktionsspitzen und Polizeiführungsspitze diskutiert.

So kam es am 28. März auf Einladung des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, **Stefan Schostok**, zu einem Gespräch mit dem GdP-Landesvorsitzenden, **Dietmar Schilff**, an dem auch die parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, **Johanne Modder**, teilnahm. Schostok interessierte sich für die Problembereiche der Polizei und die GdP-Forderungen. Dietmar Schilff benannte u. a. die steigende Einsatzbelastung, die hohe Krankenquote, die zunehmende Überalterung, die ansteigende

Respektlosigkeit gegenüber Polizeibeamten/-innen sowie die beschnittenen Perspektiven im Verwaltungs-, Tarif- und Exekutivbereich. Insbesondere bei den inakzeptablen



Dietmar Schilff mit FDP-Fraktionschef Christian Dürr.

Foto: arch.

Fortsetzung auf Seite 8



GdP IM DIALOG

Fortsetzung von Seite 7

Wartezeiten bis zur ersten Beförderung nach A 10 von teils zehn Jahren – Tendenz steigend – müsse schleunigst nachgebessert werden. Bei den Polizeiverwaltungsbeamten/-innen würden viele eine Perspektive außerhalb der Polizei suchen. Ein großer Fehler sei insbesondere der Wegfall einer eigenen Polizeiverwaltungslaufbahn gewesen, so Schilff. Auch das Liegenschaftsmanagement müsse in den Händen der Polizei bleiben, denn das Pilotprojekt in Braunschweig habe nach GdP-Erkenntnissen nicht den angekündigten Erfolg gebracht.

Zum Dienstpostenbewertungskonzept A 11 und die damit zusammenhängenden Ungerechtigkeiten sagte Schostok, die SPD-Fraktion vertrete weiter die Auffassung, polizeiliche Arbeit müsse auf allen Dienstposten A 11 bewertet sein. Die SPD werde alles dafür tun, damit eine Beförderung nach A 11 für alle Polizeivollzugskräfte erreichbar bleibe. Eine SPD-geführte Landesregierung werde an diesem Ziel arbeiten und sie – nach Lage der finanziellen Möglichkeiten – weiter sukzessive umsetzen. Mit Blick auf die kommenden Kommunalwahlen appellierte Schilff, dem Thema „innere Sicherheit in den Städten und Gemeinden“ mehr Gewicht beizumessen (vgl. Artikel in dieser Ausgabe).

**Gespräch mit
Polizeiführungsspitze**

Zu einem weiteren wichtigen Gespräch kam es zwischen dem Präsidenten des LPPBK, **Andreas Bruns**, Landespolizeidirektor **Uwe Lührig**, **Dietmar Schilff** und dem Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes, **Martin Hellweg**, am 30. März.

Auch hier wurden die gegenwärtigen Probleme aus Tarif, Verwaltung und Vollzug umrissen. Die GdP-Seite wies auf die Folgen von Privatisierung und Facilitymanagement hin, deren Ausweitung nicht im Sinn der gesamten polizeilichen Arbeit sei. Auch über die Entscheidung des OVG Lüneburg zur Anrechnung der Bereitschaftszeiten beim CASTOR-Einsatz und die Übertragung der Erhöhung der anzurechnenden Stunden auf die Verwaltungsbeamten/-innen wurde diskutiert. Bruns und Lührig er-



Gespräch zwischen (von links) Andreas Bruns, Uwe Lührig, Dietmar Schilff und Martin Hellweg
Foto: S. Schilff

klärten, die Forderungen der GdP seien aufgegriffen worden. Derzeit fände eine Stundenerfassung statt. Zur desaströsen Beförderungssituation nach A 10 machte die GdP deutlich, dass sie ein Konzept des LPPBK für die Verkürzung der überlangen Wartezeiten für erforderlich hält.

Gespräch mit FDP-Fraktionschef

Am 7. April traf **Dietmar Schilff** mit dem Vorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion, **Christian Dürr** zusammen. Diskutiert wurden hier die Probleme aus der Privatisierung von einzelnen Bereichen der Polizei und das aus Sicht der GdP gescheiterte Pi-

lotprojekt in Braunschweig. Schwerpunkte waren auch in diesem Gespräch „Gewalt gegen Polizeibeamte“ und die GdP-Forderung nach einem speziellen Straftatbestand, die o. g. Entscheidung des OVG Lüneburg, die o. g. Beförderungsstaus nach A 10, die fehlenden Perspektiven der Beschäftigten der Verwaltung und im Tarifbereich, die psychische Belastung im gesamten Polizeidienst sowie die aktuelle Diskussion um die Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikations-Verkehrsdaten.

Auf die Frage von Dürr, wie sich die GdP zur Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten/-innen positioniere, machte Schilff klar, dass die GdP wegen der Risiken für die Beamten jede Form verpflichtender Kennzeichnung ablehnt.

Schließlich wurde gegenüber Dürr auch die Forderung verdeutlicht, die „innere Sicherheit als Bestandteil der Kommunalpolitik“ zu behandeln.

Alle Gesprächspartner sagten zu, einen regelmäßigen Austausch mit der GdP zu pflegen.

Red. & JH

**HAUPTSCHWERBEHINDER-
DERTENVERTRETUNG**

Björn Meißner als Hauptvertrauensperson bestätigt: Am 30. 3. 2011 fand im Innenministerium die Wahl zur Hauptvertrauensperson der schwerbehinderten Menschen in der Polizei statt, bei der unser Kollege **Björn Meißner** aus der PI Wolfsburg-Helmstedt (PD Braunschweig) einstimmig wiedergewählt wurde.



Neu gewählte Schwerbehindertenvertreter
Foto: eg-e

Zu Stellvertretern wurden, in der Reihenfolge der Nennung **Bernhard Breitling** (PD Göttingen), **Hermann Pille** (PD Oldenburg), **Ilse-Dore Buchholz** (LKA), **Heinz Loga** (PD Braunschweig) und **Markus Pieper** (ZPD) gewählt.

Red. (bm)

NACHRUF

Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Niedersachsen – trauert um folgende verstorbenen Kolleginnen und Kollegen:

Bockbreder, Helmut	17. 12. 1924	Bez.-Gr. PD Hannover
Burow, Hans-Joachim	23. 3. 1934	Krs.-Gr. Holzminden
Conze, Heinz	20. 12. 1920	Krs.-Gr. Oldenburg Land
Dietze, Helmut	10. 4. 1918	Krs.-Gr. Osnabrück
Hildebrand, Fritz	6. 3. 1924	Krs.-Gr. Osterholz-Scharmbeck
Kretschmann, Ella	22. 4. 1913	Krs.-Gr. Hildesheim
Riechers, Mathilde	3. 8. 1920	Bez.-Gr. PD Hannover
Sendzik, Ernst	23. 7. 1914	Krs.-Gr. Braunschweig
Strasser, Franz	5. 2. 1927	Krs.-Gr. PI Garbsen
Thiemeyer, Axel	30. 10. 1958	Krs.-Gr. Osnabrück
Wuttke, Frieda	16. 1. 1918	Krs.-Gr. Braunschweig

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten

